

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXI/149

Bonn, den 9. August 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| Seite |   | Zeilen |
|-------|---|--------|
| 1 - 2 | So wird das Geld des Steuerzahlers verpulvert | 82     |

Dargestellt am Beispiel "Deutsche Kulturarbeit im Ausland"

Von Georg Kahr-Ackermann, MdB

|       |                          |    |
|-------|--------------------------|----|
| 3 - 4 | Osteuropäisches Tagebuch | 84 |
|-------|--------------------------|----|

Breslau Juli 1966

Von Hans Jürgen Wischniewski, MdB

- \* Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Hans Jürgen
- \* Wischniewski befindet sich zur Zeit auf einer privaten Feri-
- \* enreise in mehrere Länder des Ostblocks. Von seinen einzel-
- \* nen Stationen berichtet der Abgeordnete dem Sozialdemokra-
- \* tischen PresseDienst über seine Eindrücke und Erlebnisse.

Die Redaktion

|   |                        |    |
|---|------------------------|----|
| 5 | Mitteldeutscher Alltag | 32 |
|---|------------------------|----|

Preissteigerungen bis zu 100 Prozent

|   |                                  |    |
|---|----------------------------------|----|
| 6 | "Guter Mond, du gehst so stille" | 50 |
|---|----------------------------------|----|

Weltraumkonferenz auf halbem Wege vertagt -  
Was "man" auf dem Mond nicht tun darf

Von Pierre Simcnitsch, Genf

\* \* \*

## So wird das Geld des Steuerzahlers verpulvert

Dargestellt am Beispiel "Deutsche Kulturarbeit im Ausland"

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Zweimal in den vergangenen acht Monaten haben sich Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion nach der Verantwortlichkeit für den total missglückten Bau des Goetheinstituts in Paris und der damit verbundenen Verschleuderung von 8 Millionen DM erkundigt, ohne von der Bundesregierung eine Auskunft zu erhalten. Nachdem nunmehr auch ein sachverständiges und prominentes Mitglied des Vorstandes des Goetheinstituts e.V. nach der Besichtigung des an unzähligen technischen und baulichen Mängeln krankenden Pariser Instituts äusserte, hätte er diese total verunglückte Stätte deutscher Kultur in Paris vor ihrer Eröffnung gesehen, würde er dem Goetheinstitut empfehlen haben, sich zu weigern, diesen offenbar in völliger Unkenntnis seiner späteren Funktion aufgeführten Bau zu übernehmen. Er könne ausserdem der Bundesregierung nur empfehlen, Haus und Grundstück schleunigst zu verkaufen und von dem Erlös an geeigneter Stelle ein neues Kulturinstitut zu errichten.

### Ohne Sach- und Fachkenntnis

In der Tat erweist sich zu den skandalösen Mängeln und Misgriffen bei diesem Bau, dass das Institut schlecht besucht wird, weil es sich an einem für die interessierten Besucher ungeeigneten Standort befindet. Statt an die Avenue d'Jena gehörte es ins Quartier Latin. Aber diese Überlegungen hätten Fachkundige, die es im Auswärtigen Amt und auch im Kulturreferat der Botschaft Paris nicht gab, rechtzeitig anstellen müssen; damals als über die künftige Verwendung des von Frankreich an die Bundesrepublik zurückgegebenen Grundstücks entschieden wurde. Leider sind die hier vergebenden 8 Millionen DM nicht der einzige Betrag, der ohne die Anhörung sachkundiger Berater im Schul- und Kulturbereich in den Haushalten der letzten Jahre des Auswärtigen Amtes allzu leichtfertig ausgegeben worden sind.

### Keine Koordination

So haben mangelnde Koordination zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Beauftragten der Bundesrepublik für die kulturellen Vorhaben des deutsch-französischen Freundschaftsvortrages, Ministerpräsident Kiesinger, dazu geführt, dass bis zum heutigen Tage keine befriedigenden Abmachungen über den zoll- und steuerrechtlichen Status der deutschen Kulturinstitute in Frankreich getroffen worden sind. Dieser Frage, der man sich vor dem Aufbau eines Netzes von Goetheinstituten in Frankreich hätte widmen müssen, hätte auch die vorzügliche Aufmerksamkeit des Kulturreferats an unserer Pariser Botschaft gehört, wo man sich statt dessen um vieles kümmerte, was auf die Gestaltung der deutsch-französischen Kulturbeziehungen keinen sehr nachhaltigen Einfluss ausgeübt hat.

### Keine klaren Direktiven

Allein für die aus Deutschland angelieferten Einrichtungsgegenstände für das Kulturinstitut in Lyon im Wert von 36.000 DM mussten

rund 16.000 DM Zoll bezahlt werden. An einem solchen Beispiel erweist sich, dass sie viel zu kleine Führungsspitze in der Abt. IV des AA es bisher nicht vermocht hat, die antliche Kulturarbeit selbst in den für uns wichtigen Partnerstaaten mit klaren Direktiven und schwerpunktmässigen Konzepten zu versehen. Es ist ein Unding, dass es immer zum Beispiel noch den einzelnen Botschaften überlassen ist, zu entscheiden, welches der Kreis der Adressaten sein soll, an den sich die deutsche Kulturarbeit richtet.

#### Empfindliche Rückschläge

Nur so ist zu erklären, dass trotz wachsender Aufwendungen die deutsche Sprachvermittlung in ihrem wichtigsten Bereich, nämlich der Stellung des Deutschunterrichts im Unterrichtssystem des Gastlandes in den letzten Jahren weitere Rückschläge erlitten hat. In diesem Zusammenhang muss man die Bundesregierung zum Beispiel fragen, was sie unternommen hat, um die erst im Vorjahr getroffene Entscheidung der schwedischen Regierung, deutsch als Pflichtfremdsprache abzuschaffen, aufzuhalten? Vermutlich gar nichts, weil die seinerzeit drohende Entwicklung im AA gar nicht ausführlich erörtert wurde.

Um bei Schweden zu bleiben: es gehört zu den Ländern, in denen die deutsche Botschaft sich durch unüberlegte, voreilige und wie man von schwedischen Regierungsstellen heute hören kann, weder erbetene noch erwartete Motifikationen über den durch den Märzerlass verursachten veränderten Status des Goetheinstituts Steuernachforderungen von über 300.000 DM eingehandelt hat, neben einem bis zum heutigen Tag nicht geklärten Status der Mitarbeiter des Instituts.

#### Sinnlose Improvisationen

Was nützen da zum Beispiel an deutsche Missionen in der halben Welt ergangene Weisungen, man möge über den Status der Institute und gewisser für sie nötigen Vorrechte auf der Grundlage der Reziprozität verhandeln, wenn nur ein knappes halbes Dutzend Länder in der Bundesrepublik Institute unterhält?

All das zeigt, dass die Kulturabteilung in verschiedenen Bereichen nach wie vor von der Hand in den Mund lebt und sich dabei für den Steuerzahler ebenso kostspielige wie sinnlose Improvisationen erlaubt, wie etwa die im Herder-Verlag erscheinenden Ergänzungsbände (aus deutscher Sicht) zur sowjetischen Enzyklopädie, die bisher schon über 5 Millionen DM verschlungen haben. Bände die von AA an Bibliotheken in aller Welt verschenkt und die von keinem Menschen gelesen werden. Ein krasser Fall von Missverhältnis zwischen Aufwand und Wirkung. Wenn die Kulturabteilung sich nicht bald etwa in Form von Fachausschüssen der Arbeitsgemeinschaft für Kulturaustausch kompetente Beratungsgremien zulegt, werden sich in ihr empfindlicher Mangel an Mitteln einerseits und sinnlose Verschwendung von Millionen andererseits weiter die Hand reichen.

## Osteuropäisches Tagebuch

Breslau Juli 1966

Von Hans-Jürgen Wischnewski, MdB

Von Prag geht die Reise weiter über Königgrätz, Bad Kudowa, mit einer kurzen und sehr korrekten Grenzabfertigung auf beiden Seiten, über Glatz nach Breslau. In Breslau habe ich die Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch mit dem Oberbürgermeister der Stadt, Professor Boleslaw Iwaszkiewicz, der auch Mitglied des polnischen Parlaments ist. Seit neun Jahren ist Professor Boleslaw Iwaszkiewicz Oberbürgermeister von Breslau. Seine Vorlesungen über Mathematik an der Technischen Hochschule zu Breslau hält es nach wie vor ab.

### Erste Nachkriegsbilanz

Breslau hatte vor dem Kriege etwa 620 000 Einwohner. Die Stadt war bis Ende Januar 1945 praktisch ohne wesentliche Kriegszerstörung. Danach wurde sie von den Deutschen zur Festung erklärt. Etwa 50 Prozent der Bevölkerung wurden evakuiert. Die Belagerung der Stadt dauerte drei Monate, von Anfang Februar 1945 bis zum 6. Mai 1945. Die Kämpfe waren außerordentlich hart, die Opfer auf beiden Seiten groß. Die Stadt Breslau wurde zu 70 Prozent zerstört. Der Zerstörungsgrad der einzelnen Stadtteile war jedoch sehr unterschiedlich: Der Süden und Westen der Stadt waren sogar bis zu 90 Prozent zerstört, die Stadtmitte zu 50 Prozent, der Norden und Osten nur zu 10 Prozent. Im Mai 1945 lebten etwa noch 160 000 bis 180 000 Deutsche in Breslau. Jetzt mögen es etwa noch 500 Deutsche sein; das sind etwa 0,1 Prozent der heutigen Bevölkerung.

Die polnische Bevölkerung ist durch Ansiedlung und Geburt sehr schnell angewachsen. Ende 1945 lebten hier etwa 30 000 Polen, 1947 waren es bereits 250 000. Heute, im Juli 1966, beträgt die Einwohnerzahl von Breslau mehr als 480 000. Diese 480 000 Polen kommen aus allen Teilen des Landes, soweit sie nicht schon in Breslau selbst geboren sind; 20 Prozent aus den Ostgebieten, die Polen an die Sowjetunion hat abgeben müssen, ein Teil aus dem während des Krieges völlig zerstörten Warschau, ein anderer Teil kam aus Deutschland und war hier während des Krieges zur Arbeit zwangsverpflichtet. 40 Prozent der nach Breslau gekommenen polnischen Bevölkerung kamen aus den Dörfern des Landes, weitere 40 Prozent aus kleinen Landstädten und nur 20 Prozent aus Großstädten.

### 1958 - Jahre der Stabilisierung

Professor Iwaszkiewicz spricht sehr freimütig über die Schwierigkeiten, die sich im Laufe der Jahre ergeben haben. Er bezeichnet das Jahr 1958 als das Jahr der politischen Stabilisierung. Bis dahin haben die Bewohner der Stadt nicht gewußt, ob sie bleiben würden. Sie haben praktisch "aus ihren Koffern" gelebt, fühlten sich unsicher und waren auch nicht bereit eigenes Geld zu investie-

ren. Diese Periode sei seit 1958 abgeschlossen. Meine Beobachtungen können das für 1966 ganz bestimmt bestätigen.

Andere Schwierigkeiten ergaben sich auch bei der sozialen Integration. Insbesondere die Menschen vom Land konnten sich in der Großstadt schlecht einleben, insbesondere wollten sie auf die Viehhaltung nicht verzichten. Auch diese schwierige Periode ist überwunden. Schule, Arbeit und Ehe haben die verschiedenen Gruppen zusammengeführt; und sogar ein gewisser Lokalpatriotismus hat sich entwickelt.

Die Bevölkerung Breslaus ist sehr jung. Insbesondere junge Menschen sind hier zugewandert. Nur sechs Prozent der Bevölkerung sind älter als 60 Jahre. Die Bevölkerung der Stadt wächst jährlich um 2 bis 2 1/2 Prozent. Das bringt zwangsläufig weitere Probleme mit sich. Die Wohnverhältnisse für einen Teil der Bevölkerung sind noch sehr schlecht. Trotzdem sind große Leistungen im Wohnungsbau ganz eindeutig. In dieser vom Krieg zerstörten und gezeichneten Stadt sind völlig neue, große und moderne Wohnviertel entstanden. Breslau ist zum größten Teil eine neue Stadt. In der Innenstadt hat man jedoch die alten historischen Gebäude unter vielen Opfern wieder naturgetreu nachgebaut.

Auch die Schulen sind zum größten Teil neu entstanden, sechs bis sieben Schulen werden jetzt etwa im Jahr errichtet. Das Volksschulprogramm sei nahezu erfüllt, es fehlen insbesondere noch Berufsschulen, meint der Oberbürgermeister. Auch die Hochschulen bedürfen noch des weiteren Ausbaus. In Breslau gibt es acht Hochschulen mit 26 000 Studenten. Allerdings sind nicht alle mit unseren Hochschulen vergleichbar.

#### Industriestadt Breslau

Breslau ist eine Industriestadt. 90 000 Einwohner der Stadt sind in der Industrie beschäftigt. Die Industrie von Breslau wird heute im wesentlichen bestimmt durch schweren Maschinenbau, Waggonbau, Bau von Elektro-Lokomotiven (früher Linke-Hoffmann), von Generatoren, Straßenbaumaschinen und Drehbänken. Völlig neu ist die Produktion von elektronischen Rechenmaschinen. Aus der Woywodschaft Niederschlesien (einschließlich Breslau) kommen gut zehn Prozent der gesamten polnischen Industrieproduktion.

Zur Zeit herrscht in Breslau ein gewisser Arbeitskräftemangel. 42 Prozent aller Beschäftigten sind Frauen. Dabei werden sie allerdings mit Arbeiten beschäftigt, die man ihnen bei uns nicht zumuten würde. Der hohe Anteil der beschäftigten Frauen führt zwangsläufig dazu, daß 35 Prozent der Kinder aus Breslau im nicht-schulpflichtigen Alter Kindergärten besuchen.

Trotz mancher Mängel: Hier in Breslau ist eine große Aufbauleistung vollbracht worden. Hier lebt heute niemand mehr "aus dem Koffer".

### Mitteldentscher Alltag

#### Preissteigerungen bis zu 100 Prozent

OS - Über die jüngsten Preissteigerungen in der "DDR" werden immer neue Einzelheiten bekannt. Sie lassen erkennen, daß sie doch erheblich größeren Umfang angenommen haben, als das zunächst zu vermuten war. Es gibt - bei gelegentlichen geringfügigen Preissenkungen - kaum ein Gebiet auf dem Konsumgütermarkt, das von Erhöhungen verschont geblieben wäre.

#### Textilwaren

So sind bei Bekleidung erhebliche Preisverschiebungen festzustellen. Strickjacken, die bis Juli in den Läden des staatlichen und genossenschaftlichen Handels mit 80,- Mark ausgezeichnet waren, kosten jetzt 130,- Mark. Die Steigerung beläuft sich hier auf 62,5 Prozent. Bei besseren Qualitäten werden jetzt für Strickjacken 150,- bis 200,- Mark verlangt; hier liegt die prozentuale Steigerung nicht ganz so hoch. Schürzenkleider aus Nylongewebe stiegen auf 80,- bis 95,- Mark, der Preiszuschlag liegt bei etwa 30 Prozent.

#### Autoersatzteile, Baustoffe, Dienstleistungen

Die Autofahrer gehören ebenfalls zu den Leidtragenden der Preiserhöhungen. Die Preise für Batterien, die bisher 41 Mark kosteten, wurden auf 91 Mark heraufgesetzt. Bei anderen Ersatzteilen stieg der Preis ebenfalls auf das Doppelte.

Auch auf dem freien Baustoffmarkt wird mit hundertprozentigen Preissteigerungen gearbeitet. Der Sack Zement, bisher zum Preis von 5 Mark erhältlich, kostet nunmehr 10 Mark. Die Preise für Laternen, wie sie zur Markierung von Baustellen und in der Landwirtschaft Verwendung finden, kletterten von 2,75 auf 9 Mark.

Auch eine Reihe von Dienstleistungen fällt unter die Preiserhöhungen. Das Besohlen eines Paares Schuhe, das bisher den Festpreis von 7 Mark hatte, kostet künftig 15 Mark.

#### Keine Preisschilder in den Schaufenstern

Da die Behörden in Mittelddeutschland verhindert haben, daß die neuen Preise veröffentlicht werden, stellen die Verbraucher die Preissteigerungen nur fest, wenn sie eine Ware kaufen wollen. Die radikal gestiegenen Preise werden nicht einmal in den Schaufenstern ausgeschildert. Dort stellt man teurere Waren häufig nicht aus, oder aber man zeigt sie vorläufig ohne Preisschilder. Das ganze Ausmaß der Preiserhöhungen wird erst in Wochen bekannt sein.

"Guter Mond, du gehst so stille"

Von Pierre Simonitsch, Genf

Ohne Abkommen, aber nach beachtlichen Fortschritten wurde jetzt nach mehr als drei Wochen Verhandlungsdauer die Konferenz über die Reinhaltung des Weltraums von Waffen vertagt. Nach Ansicht der 28 teilnehmenden Delegationen sollten die Punkte, in denen keine Einigung erzielt werden konnte, vorerst in voller Ruhe durchdacht werden, bevor man sich zu einer neuen Verhandlungsrunde trifft. Noch sind weder die Sowjets noch die Amerikaner auf dem Mond gelandet und wenn man den erstrebten Weltraumvertrag nicht als ein Politikum betrachtet, ist jede Hast unnötig.

Neun Vertragsartikel - darunter die aktuellsten Belange - konnte man beim ersten Anlauf in Genf unter Dach bringen. Eine ziemlich einmalige Leistung. Die USA und die Sowjetunion hatten je einen Vertragsentwurf unterbreitet, wobei keine prinzipiellen Gegensätze bestanden. Ansonsten hätte der sowjetische Delegationsleiter Morozow kaum zugestimmt, Artikel für Artikel durchzudiskutieren und eine weitgehende Einigung zu konstatieren. Die neun ausgearbeiteten Vertragsartikel betreffen:

1. Rechts- und Kontrollbestimmungen über in den Weltraum lancierte Objekte;
2. internationale Haftpflicht für angerichtete Schäden;
3. Forschungsfreiheit und -gleichheit für alle Staaten;
4. Verbot, Objekte mit Massenvernichtungswaffen auf Erdumlaufbahn zu setzen;
5. Hilfeleistung in Notfällen;
6. internationale Verantwortung für nationale Tätigkeit im Weltraum;
7. Ausschluss von Souveränitätsansprüchen im Weltraum, einschliesslich des Mondes und der anderen Himmelskörper;
8. die Erforschung und Nutzung des Weltraums muss in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht der Charta der Vereinten Nationen erfolgen;
9. Zusammenarbeit und gegenseitiger Beistand bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums sowie Vermeidung von Seuchengefahr.

Keine Übereinstimmung wurde dagegen erzielt über den freien Zugang zu allen Weltraumstationen und über eine regelmässige Berichterstattung an die Vereinten Nationen. Die Sowjets sträuben sich gegen Verpflichtungen und sind nur bereit, lose Prinzipien auf "freiwilliger und gegenseitiger Basis" in den Vertrag einzuschliessen. Die Sowjetunion will auch internationalen Organisationen, die mit der Weltraumforschung betraut sind, keinen eigenen juristischen Status zubilligen, sondern nur der einzelnen Unterzeichnerstaaten. Diese Frage interessiert vor allem die europäischen Staaten, die einzeln kaum in der Lage sind, in den Weltraum vorzustoßen.

In einem weiteren Punkt scheinen Missverständnisse eine Einigung zwischen den USA und der Sowjetunion verhindert zu haben. Der amerikanische Chefdelegierte Goldberg wollte die Erlaubnis, militärische Ausrüstungen auf Himmelskörpern verwenden zu dürfen, im Vertragswerk verankert zu sehen. Die Sowjets sind dagegen. Man fand aber bisher noch keine Definition dafür, was eigentlich unter "militärischer Ausrüstung" zu verstehen ist. Militärpersonen soll das Betreten der Sterne gestattet sein, "sofern dies in friedlicher Absicht geschieht".